

und kulturellen Lage erwartet.

Stipendien werden grundsätzlich für zwei Jahre vergeben, doch steht es dem Stipendiaten frei, das zweite Jahr nicht in Anspruch zu nehmen. Gemäß den chinesischen Richtlinien können Familienangehörige die Stipendiaten nicht begleiten.

INNENPOLITIK

(24) **Resultate des 3. Plenums: Beseitigung der radikalmaoistischen Restopposition**

CHINA aktuell wird in einem der nächsten Hefte einen ausführlichen Beitrag bringen, der aus der Perspektive der zentralen Arbeitskonferenz und des nachfolgenden 3. Plenums im Dezember 1978 die Debatten und den Machtkampf im Jahre 1978 behandeln wird sowie die Verschiebungen, die sich als Resultat des Plenums ergeben haben. Hier seien einige Grundlinien vorweggenommen. Einmal ist festzuhalten, daß das Jahr 1978 ff. ebenso wie die Jahre 1949 ff. und 1965 ff. schon heute als drei faszinierende Perioden der vollständigen ideologischen Umwertung gesehen werden müssen. Im Jahre 1978 gab es eine anhaltende Auseinandersetzung zwischen der pragmatischen Mehrheitsfraktion um Deng Xiaoping und der etwa 40% der Politbüromitglieder ausmachenden radikalmaoistischen Restopposition unter der Führung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Wang Dongxing. Die Presse brachte deutliche Angriffe während des ganzen Jahres auf die "Windgruppe" (Opportunisten), die "Gleiterfraktion", die "Erschüttererfraktion" (Leute, die nach dem Grundsatz handelten: Rebellion ist gerechtfertigt) und "die Fraktion, die den Deckel fest geschlossen hält" (d.h. Obstruktionisten gegen die neue Politik). Die Restopposition wurde wiederholt aufgefordert, Selbstkritik zu üben, sonst werde man ihr dabei "helfen". Dadurch war die Wang-Gruppe in das Dilemma versetzt, entweder diese Selbstkritik zu üben und deshalb in ihrem Einfluß beschnitten zu werden oder sich zu widersetzen und wegen Uneinsichtigkeit ebenfalls die Flügel beschnitten zu bekommen. Aus den Angriffen der Deng-Gruppe gegen die Wang-Fraktion lassen sich die Argumente der Wang-Seite recht genau herauslösen. Im wesentlichen ist es Widerstand gegen Dings Kaderpolitik, d.h. die vollständige Rehabilitierung, die Angriffe auf die Kulturrevolution und den Großen Sprung einschloß, was der in der Kulturrevolution zur Macht gekommenen Restopposition zu weit ging. Ein wesentlicher Punkt war Widerstand gegen Dings Entmaoisierungsbestrebungen, wie sie die theoretische Kampagne zum pragmatischen Glaubensbekenntnis "Die Wahrheit in den Tatsachen suchen" forderte. Der zweite wesentliche Punkt war die neue Politik, die ganz generell der Wang-Gruppe zu weit ging, die sie als Revisionismus und kapitalistischen Weg in gut maoistischem Sinne bezeichnete. Dies betraf ebenso die generelle Umwertung in 17 positive Jahre vor der Kulturrevolution und 10 Jahre des Unglücks wie die Debatte über "Rot und Experte", die die Deng-Gruppe derart kurzgeschlossen hatte, daß Experten, d.h. Fachleute, einfach als rot, d.h. politisch zuverlässig und patriotisch, erklärt wurden. Der Widerstand der Wang-Gruppe betraf die Reform im Erziehungssystem, besonders das Prüfungssystem, eine zu weit

gehende Liberalisierung im kulturellen Bereich, und vor allem den Aufbruch in neue Welten im wirtschaftlichen Bereich, wie die erneute Betonung materieller Anreize, die Genehmigung der Bearbeitung von Privatparzellen auf dem Lande, die weitgehende praktische Demontage des revolutionären Industriemodells Daqing und des landwirtschaftlichen Modells Dazhai. Die am 10.11.1978 begonnene Arbeitskonferenz und das im Dezember abgeschlossene Plenum setzten vor allem die Umwertung des Tiananmen-Zwischenfalls durch, was außerordentlich schwierig war, weil es im Politbüro beträchtlichen Widerstand dagegen gab. Deng hatte Umwege zu gehen und mußte erst das Pekinger Parteikomitee zu einer Umwertung des Beschlusses, der ihn seinerzeit 1976 abgesetzt hatte, erzielen. Die Debatte endete in Machtverschiebungen auf diesen Tagungen, die so zusammenzufassen sind: Hua Guofeng, an sich eng mit der Wang-Gruppe verbunden, wurde von Deng Xiaoping endgültig auf die Seite der Pragmatiker kooptiert, vor allem ausgehend von der Vorstellung, wenn Hua in Personalunion den Posten des Premierministers und des Parteivorsitzenden bewahre (und Deng nicht den Posten des Ministerpräsidenten beanspruche), werde es eine politische Stabilität an der Spitze Chinas mindestens bis in das Jahr 2000 geben. Dies setzte auf der Deng-Seite die Überzeugung voraus, daß Hua befähigt sei, diese Posten wirklich auszufüllen und daß Hua seine Restbindung zu den Radikalen um Wang beschnitt. Dings Methoden zur Ausschaltung der Restopposition auf dem Plenum waren einmal das Einbringen seiner eigenen Leute ins Politbüro und in andere führende Stellungen zusätzlich zu den vorhandenen. Dasselbe Ziel erreichte er durch die Kreierung oder Wiederbelebung neuer Positionen wie der des Generalsekretärs. Im Namen des Themas "Stabilität und Einheit" wurde nach außen erklärt, es gebe keine Veränderungen in der Spitze. Bei genauerem Hinsehen erweist sich nichts falscher als das. Die Deng-Gruppe nahm systematisch der Gruppe um Wang die wichtigsten Funktionen, die sie hatte, weg; übrig blieben nominelle Positionen wie stellvertretender Ministerpräsident, Politbüromitglied, die unterhöhlt waren. Deng, dessen Machtbasis hauptsächlich in der Armee und unter den alten Kadern war, verschaffte sich so zusätzlich den entscheidenden Einfluß über die Mao-Interpretation und den ideologischen Bereich sowie über den Propagandabereich; im Ergebnis war der Einfluß der Restradikalen eliminiert. Das Plenum kündigte ein Jahr des wirtschaftlichen Aufbaus und anschließend eine weitere endgültige Beseitigung übriggebliebener ideologischer Fragen an. Aus den Dokumenten von Ende Dezember und Anfang Januar ist ersichtlich, daß eine Umwertung und Teilrehabilitierung von Maos Erzeuger in der Kulturrevolution Liu Shaoqi sowie die Rehabilitierung von Peng Chen, dem früheren Pekinger Bürgermeister, stattfinden werden, Symbole der maoistischen Politik wie die Kulturrevolution und der Große Sprung werden in gründlicherer Weise als ultralinke Verirrungen verurteilt werden, was zur Schlußfolgerung führt, daß maoistische Massenkampagnen allgemein in der chinesischen Aufbaustrategie der Vergangenheit angehören, wie das Plenum bereits deutlich formulierte. Kulminationspunkt dieser Auseinandersetzung wird eine deutlichere Kritik an Mao sein, der für viele dieser Entwicklungen verantwortlich gemacht wird, der mit faschistisch-diktatorischen Maßnahmen in dem letzten Jahrzehnt seines Lebens regierte und sich wie ein "feudaler Kaiser" aufführte, der einen prinzipiellen Fehler machte bei

der Wahl des sowjetischen Modells in den fünfziger Jahren, und der "mit seinen ultralinken Fehlern zu kämpfen hatte", die zu den großen Kampagnen wie Sprung und Kulturrevolution führten. Aus dieser Perspektive ist ersichtlich, welcher immenser Wechsel seit 1976-78 stattgefunden hat. Eine Menge der Widersprüchlichkeiten dieser Übergangsperiode 1976-78 sind aus der Rückschau aus der Auseinandersetzung zwischen der Restopposition und der Deng-Mehrheit zu erklären. Mit dem Abschluß dieser Phase sind auch viele dieser Übergangspolitlösungen bereits wieder Vergangenheit, über die Schweigen gebreitet werden wird.

(25) Gesellschaft für Menschenrechte in Peking gegründet

Am 21. Januar 1979 wurde in Peking in Anwesenheit von etwa 150 bis 200 jungen Bürgern Pekings die Pekinger Sektion der "Gesellschaft des Lichts", der ersten chinesischen Menschenrechtsorganisation, gegründet. Diese Gesellschaft wurde im vergangenen Herbst von jungen Leuten in der Provinz Guizhou ins Leben gerufen. Als oberste Ziele der Gesellschaft werden Demokratie und Menschenrechte genannt. Bei der Gründung der Pekinger Sektion wurden im Sun-Yatsen-Park öffentlich die Statuten der Gesellschaft verlesen. Überdies wurde die chinesische "Menschenrechtserklärung" in hektographierter Form an Interessenten verteilt. Laut Korrespondentenbericht reichten die Exemplare jedoch bei weitem nicht aus. (Die Welt, 23.1.79; vgl. auch FAZ, 22.1.79, NZZ, 24.1.79; IHT, 22.1.79)

In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß in den letzten Wochen in Peking eine wachsende Anzahl von nichtoffiziellen Zeitschriften erschienen ist, die zwar nicht über die üblichen Bezugsquellen zu erhalten sind, aber dennoch in der Öffentlichkeit verkauft werden. Gemeinsam ist allen diesen Blättern, die meist in hektographierter Form erscheinen, daß sie die zur Zeit vieldiskutierten Themen Demokratie, Menschenrechte und Rechtssystem aufgreifen, Themen, denen die Partei mit gewisser Zurückhaltung gegenübersteht, wenngleich sie freie Meinungsäußerung nicht unterdrückt.

Die Titel einiger solcher Zeitschriften lauten:

- "Si-wu luntan" (Forum des 5. April)
- "Jintian" (Heute)
- "Qimeng" (Aufklärung)
- "Wo tu" (Fruchtbarer Boden)
- "Renmin zhi sheng" (Stimme des Volkes)
- "Qunzhong cankao xiaoxi" (Referenznachrichten der Massen)
- "Tansuo" (Nachspüren)

(26) Li Yi Zhe rehabilitiert - Chinas bekannteste Oppositionelle wieder auf freiem Fuß

Die drei Mitglieder der seit dem Ende der Kulturrevolution (1969) bekanntesten chinesischen Oppositionsgruppe, "Li Yi Zhe", sind nach übereinstimmenden Berichten westlicher Nachrichtenagenturen und kommunistischer Zeitungen und Zeitschriften in Hongkong am 1. Januar 1979 rehabilitiert und auf freien Fuß gesetzt worden. Chinesischen Quellen in Peking und Hongkong zufolge geht diese Maßnahme auf einen Beschluß des Zentralkomitees der Kommu-

nistischen Partei Chinas auf seiner 3. Plenartagung vom 18. bis 22. Dezember 1978 zurück (AFP, Peking, 14.1.79; AFP, Hongkong, 9.2.79; DGB, 8.2.79; Zhengming, Hongkong, 1.2.79, S.17). Li Zhengtian, Chen Yiyang und Wang Xizhe, aus deren Namen das Pseudonym "Li Yi Zhe" zusammengesetzt ist, waren 1975 in Kanton verhaftet worden, nachdem sie dort im Jahre 1974 verschiedene Wandzeitungen, darunter "Demokratie und Rechtssystem im Sozialismus", veröffentlicht hatten, in denen sie das politische Programm der "Viererbande" angegriffen, den endgültigen Sturz des herrschenden "Lin-Biao-Systems" gefordert sowie demokratische Rechte und ein verbindliches sozialistisches Rechtssystem verlangt hatten (siehe Li Yi Zhe, H. Opletal, P. Schier, China: Wer gegen wen? 'Demokratie und Rechtssystem im Sozialismus' - eine Wandzeitung der außerparteilichen Opposition, Berlin 1977). Aufgrund dieser politischen Forderungen wurden Li Yi Zhe offiziell als "Reaktionäre" gebrandmarkt und zur Arbeit unter der "Aufsicht der Massen" bzw. "Umerziehung durch Arbeit" verurteilt. Der Führer der Gruppe, Li Zhengtian, wurde im Juni 1977 - also mehr als ein halbes Jahr nach dem Sturz der "Viererbande" - ein zweites Mal vor Gericht gebracht und schließlich als "Konterrevolutionär" zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe verurteilt (siehe u.a. P. Schier, "Menschenrechte und Opposition in der Volksrepublik China", in C.a., Dezember 1977, S.943, 946). Noch auf dem V. Volkskongreß der Provinz Guangdong Ende 1977 wurde die Li-Yi-Zhe-Gruppe als "konterrevolutionäre Clique" eingestuft, und Anfang August 1978 bezichtigte der Präsident der Gesellschaft des Chinesischen Volkes für Freundschaft mit dem Ausland, Wang Bingnan, die Li-Yi-Zhe-Gruppe sogar, illegale Kontakte zu Taiwan unterhalten zu haben (DGB, 8.2.79; G. Kaminski, "Neueste Eindrücke von der Entwicklung des Rechts in China", in: China-Report, Wien, 1978, Nr.42/43, S.28 f.). Die Rehabilitierung von Li Yi Zhe wurde am 6. Februar 1978 in Kanton auf einer speziell hierfür vom Parteikomitee der Provinz Guangdong einberufenen Massenversammlung bekanntgegeben, an der u.a. Li Zhangtian und Wang Xizhe als Vertreter der Li-Yi-Zhe-Gruppe teilnahmen. In dem Beschluß des Parteikomitees der Provinz Guangdong über die Rehabilitierung von Li Yi Zhe, der von dem Mitglied des Ständigen Ausschusses des Parteikomitees, Kou Qingyan, vorgetragen wurde, heißt es u.a., daß weder Li Yi Zhe noch ihre Wandzeitung "Demokratie und Rechtssystem im Sozialismus" konterrevolutionär seien. Die früheren Anschuldigungen gegen Li Yi Zhe seien falsch, hierfür habe das Parteikomitee die volle Verantwortung zu tragen und eine Selbstkritik zu leisten. Wie Kou Qingyan weiter ausführte, sollen die mit dem Fall Li Yi Zhe zusammenhängenden Maßnahmen gegen andere Personen allesamt neu überprüft werden, was auf weitere Rehabilitierungen in diesem Fall schließen läßt. Auf derselben Veranstaltung übte der Sekretär des Parteikomitees der Provinz Guangdong, Wu Nansheng, im Namen des Komitees heftige Selbstkritik wegen der falschen Beurteilung von Li Yi Zhe - selbst nach dem Fall der "Viererbande" habe das Parteikomitee an diesem Fehler festgehalten. "Jetzt aber", so Wu Nansheng, "hat sich die Kommunistische Partei Chinas allmählich von ihrem verknöcherten Gedankengut gelöst, und wir können unsere Fehler korrigieren" (DGB, 8.2.79; AFP, Hongkong, 8.2.79). Die Freilassung von Li Yi Zhe und die Neubewertung ihrer politischen Vorstellungen steht in unmittelbarem Zusammenhang sowohl mit der Rehabilitierung

von Tausenden in den Jahren seit der Unterdrückung der Hundert-Blumen-Bewegung (1957) gestürzten angeblichen "Rechten" und der positiven Neubewertung des "Tiananmen-Zwischenfalls" (siehe Y.H. Nieh, "Hintergrund und Auswirkungen der Revision der Tiananmen-Affäre", in C.a., Dezember 1978, S.823 ff.) als auch mit den Bemühungen der politischen Kräfte um Deng Xiaoping, den chinesischen Bürgern demokratische Rechte einzuräumen und diese in einem umfassenden Rechtssystem zu garantieren. Die Rehabilitierung von Li Zhengtian, Chen Yiyang und Wang Xizhe zu Beginn dieses Jahres muß gleichsam als Mahnung und Signal der heutigen Partei- und Staatsführung an jene Kader verstanden werden, die am liebsten die "Demokratischen Wände", die neuentstandenen politischen Zirkel unter der Bevölkerung und ihre ausnahmsweise nicht von der Kommunistischen Partei Chinas kontrollierten Untergrundzeit-schriften eher heute als morgen beseitigen, verbieten bzw. konfiszieren würden. In einem äußerst bemerkenswerten Artikel eines "Sonderkommentators" (hinter dieser Bezeichnung verbirgt sich in der Regel die Mehrheitsmeinung des Politbüros) in der Volkszeitung vom 21. Dezember 1978 unter dem Titel "Es lebe das Volk" heißt es in diesem Zusammenhang: "Manche Genossen, die viele Jahre lang Revolution gemacht haben, verstehen überhaupt nichts von sozialistischer Demokratie. Sobald sie den demokratischen Geist des Volkes anschwellen sehen, spielen sie verrückt und denken allein daran, diese Bewegung einzuschränken und zu unterdrücken." Angesichts dieser anscheinend verbreiteten oppositionellen Haltung der mittleren Kaderschicht gegenüber der neuen Politik einer Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens kommt jener Aufforderung von Li Yi Zhe in ihrer Wandzeitung "Demokratie und Rechtssystem im Sozialismus" aus dem Jahre 1974 weiterhin Bedeutung zu: "Die tatsächliche Verwirklichung der Verfassung erfordert erst noch den eigenen Kampf der breiten Volksmassen" (Li Yi Zhe, H. Opletal, P. Schier, China: Wer gegen wen?, S.117). Eine Auffassung, die nun - vier Jahre später - auch offiziell vertreten wird: "Die demokratischen Rechte des Volkes", so der Sonderkommentator, "werden durch den eigenen Kampf des Volkes errungen und verteidigt und nicht von irgendeinem vergötzten Kaiser gnädig gewährt."

(27) Familienplanung

Laut chinesischen Angaben war das Jahr 1978 innerhalb der letzten acht Jahre das erfolgreichste Jahr in bezug auf Geburtenkontrolle. Im Vergleich zu 1971 wurden 1978 8 Mio. weniger Babies geboren. Das Bevölkerungswachstum lag in Peking, Schanghai, Tianjin, Sichuan, Hebei, Jiangsu, Shandong, Zhejiang, Hubei, Shanxi und Shaanxi unter 1%. In Sichuan, Chinas volkreichster Provinz, lag es bei 0,8%. Die elf genannten Provinzen haben schon jetzt ihr Planziel für 1980 in Geburtenkontrolle erreicht. Diese Angaben wurden auf einer vom 4. bis 18. Januar 1979 in Peking stattfindenden Konferenz über Familienplanung gemacht. Chen Muhua, stellvertretender Ministerpräsident und Leiter der Gruppe Familienplanung beim Staatsrat, betonte auf der Konferenz, daß Familienplanung und Beschränkung des Bevölkerungswachstums unabdingbare Voraussetzungen für die Entwicklung der Volkswirtschaft seien. Er gab bekannt, daß Leute, die Familienplanung betreiben, bestärkt und kinderreichen Familien Beschränkungen

auferlegt werden sollen. Um die nationale Bevölkerungswachstumsrate bis 1980 auf unter 1% zu senken, faßten die Konferenzteilnehmer u.a. folgende Maßnahmen ins Auge: Eltern von mehreren Kindern, die Geburtenkontrolle üben wollen, soll alle Hilfe und Anleitung zuteil werden. Spätheirat wird weiter propagiert. Auf dem Lande soll das Mindestheiratsalter bei Frauen 23 und bei Männern 25 Jahre betragen, in den Städten soll es etwas höher liegen. Die Familien sollen dazu angehalten werden, nur ein oder höchstens zwei Kinder zu haben, wobei zwischen den Kindern ein Abstand von drei Jahren eingehalten werden soll. (NCNA, 21.1.79)

Wie die Vorteile für Familien mit wenig Kindern und die Nachteile für kinderreiche Familien im einzelnen aussehen können, zeigen die probeweisen Bestimmungen über Familienplanung, die das Revolutionskomitee der Provinz Guangdong kürzlich erlassen hat. Danach soll den Ehepaaren, die nur ein Kind haben und "wirksame Schritte unternommen haben, daß sie kein weiteres Kind haben werden", das Kindergartengeld und Schulgeld erlassen werden. Außerdem hat das Kind bis zum 18. Lebensjahr freie medizinische Behandlung. Die Kosten sollen aus den Wohlfahrtsfonds der Einheiten, wo die Eltern arbeiten, bezahlt werden. Bei Mitgliedern landwirtschaftlicher Kommunen oder Arbeitslosen in den Städten sollen die Kosten durch die Familienplanungsfonds getragen werden. Bei der Zuteilung von städtischen Wohnungen soll Familien mit zwei Kindern und Paaren, die spät geheiratet haben, Vorzug gegeben werden. Ehepaare mit nur einem Kind sollen in bezug auf Wohnraum so behandelt werden wie Familien mit zwei Kindern. Auch bei der Arbeitssuche sollen Einzelkinder bevorzugt werden. Die Tochter eines Arbeiters, der keinen Sohn hat, soll das Recht haben, die Stellung ihres Vaters zu übernehmen.

Eine weitere wichtige Bestimmung ist, daß Kinder von Stadtbewohnern, die nur zwei Kinder haben, nicht aufs Land zu gehen brauchen. Diejenigen, die schon aufs Land geschickt worden sind, werden bevorzugt in die Stadt zurückgeholt.

Auf dem Lande sollen für Nebenbeschäftigungen vorzugsweise die Bauern ausersehen werden, die erfolgreich Familienplanung betrieben haben. Außerdem soll das Einzelkind einer Bauernfamilie die gleiche Getreideration wie ein Erwachsener erhalten.

Die neuen Bestimmungen sehen auch Maßnahmen gegen die vor, die die Pläne für Familienplanung überschritten haben. Ihnen soll z.B. keine Unterstützung gewährt werden, wenn sie in Schwierigkeiten sind.

Auch die alte Auffassung, daß männliche Nachkommen begehrt als weibliche sind, soll durch materielle Maßnahmen radikal geändert werden. Hier will man sich für eine Verwirklichung des Grundsatzes der gleichen Bezahlung für gleiche Arbeit für Männer und Frauen sowie die Gleichberechtigung von Söhnen und Töchtern im Erbrecht einsetzen (letztere war zwar im Eherecht von 1950 schon vorgesehen, scheint sich aber immer noch nicht voll durchgesetzt zu haben). (Radio Kanton, 6.1.79, nach SWB, 12.1.79)

Die in Guangdong in Aussicht genommenen Maßnahmen klingen hart. Während man bisher in China Familienplanung hauptsächlich durch Aufklärung durchzusetzen versucht hat, scheint sich nunmehr die Auffassung zu verbreiten, daß materielle Anreize für kinderarme und materielle Nachteile für kinderreiche Familien die einzig wirksame Methode zur Einschränkung des Bevölkerungswachstums sind. Eine solche

Überzeugung war bereits auf der nationalen Bevölkerungskonferenz vom November 1978 angeklungen (vgl. C.a., Januar 1979, Ü 21). Das Problem wird allerdings sein, wie weit kinderreiche Familien durch eine solche Politik nicht nur materiell benachteiligt, sondern auch in Not geraten können.

(28) **Bewegung in der Tibet-Frage**

Die Deng-Führung bemüht sich, die Tibet-Frage endgültig beizulegen. Chinas Botschaft in New Delhi lud fünf Vertreter der tibetischen Exilregierung unter dem Dalai Lama nach Tibet ein, um sich ein Bild der heutigen Lage zu machen (FBIS, 13.12.78 und 5.1.79). Der Dalai Lama erklärte vor der Presse: Wenn man den Vertretern nicht nur eine arrangierte Tour vorsetze, sondern sie mit Tibetern wirklich sprechen lasse, wenn weiter das Ergebnis einigermaßen positiv ausfalle, werde er sich dafür einsetzen, "die tibetische Frage endgültig ad acta zu legen", im Klartext wohl die Rückkehr der Exil-Tibeter zu veranlassen und, wie er sagte, die drei Resolutionen der UN auf sein Verlangen aufheben zu lassen. Der Dalai Lama war voller Lob für die realistische Politik Deng Xiaopings. 72 Tibeter leben noch in Indien. Die Verbesserung der indisch-chinesischen Beziehungen dürfte zudem auch Druck in dieser Richtung ausüben.

(29) **In Tibet wurde ein Empfangskomitee für Exiltibeter gegründet**

Am 6.1.1979 wurde in Lhasa ein Empfangskomitee für zurückkehrende oder zu Besuch weilende tibetische Landsleute aus dem Ausland gegründet. Der Vorsitzende des Empfangskomitees ist Tian Bao, Vizevorsitzender des Revolutionskomitees der Autonomen Region Tibet (NCNA, 6.1.79). Am 14.1. erließen mehrere tibetische Politiker in Lhasa einen gemeinsamen Aufruf an die im Ausland lebenden Tibeter, in ihr Vaterland zurückzukehren und beim Aufbau eines neuen sozialistischen Tibet mitzuhelfen. Die Botschaft war von führenden Mitgliedern des Regionalkomitees der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes und des acht Tage vorher gegründeten Empfangskomitees für zurückkehrende oder zu Besuch weilende Landsleute aus dem Ausland unterzeichnet (NCNA, 14.1.79). Schon am 31.12.78 war von einem der höchsten Beamten der früheren tibetischen Lokalregierung an den Dalai Lama der Ruf ergangen, ebenfalls zurückzukehren. Wörtlich: "Ich hoffe, daß der Dalai Lama und andere tibetische Landsleute, die z.Z. im Ausland leben, ernsthaft darüber nachdenken, Illusionen ablegen, die Dinge sehen, wie sie in Wirklichkeit sind, ihr Verhalten ändern und zurückkommen, um gemeinsam mit uns unsere geliebte Heimat Tibet und unser geliebtes Vaterland, die Volksrepublik China, aufzubauen." Der Verkünder dieses Aufrufs, Panchen Erdeni, ist Mitglied des Ständigen Ausschusses der Nationalitäten der politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes (NCNA, 31.12.78).

Der Dalai Lama erklärte am 22. Januar, daß er sich glücklich schätzen würde, mit Deng Xiaoping zu einem Gespräch über die tibetanische Frage zusammenzukommen. Er glaube, daß Deng etwas liberaler, etwas ehrlicher und auch besser sei als all die anderen. Deng selbst möge doch einmal Tibet besuchen und sich nach der wahren Lage dort erkundi-

gen. Er werde dann erfahren, daß die mittleren und unteren Beamten die chinesische Führungsspitze in Peking nicht immer wahrheitsgetreu unterrichten. Er selbst, der Dalai Lama, sei verschiedene Male mit Flüchtlingen zusammengetroffen, die Tibet erst vor kurzem verlassen hätten und habe deshalb Einblick in die raffinierten Täuschungsmanöver der örtlichen Beamten gegenüber ausländischen Besuchern. Als der nepalesische König im November 1978 Lhasa besucht habe, sei die Mehrheit der patriotischen Tibeter von den Besuchsstätten vertrieben worden. Nur einige auserwählte Tibeter hätten bleiben dürfen und seien zu einem bestimmten Verhalten aufgefordert worden. U.a. erhielten sie Geld und wurden aufgefordert, sich die nötigen Sachen zu kaufen, um dann "glücklich" vor die ausländischen Besucher hinzutreten.

Als ein anderes Mal ausländische Journalisten das Gefängnis von Lhasa besichtigten, sei vorher die ganze Anstalt neu hergerichtet worden. Die Mehrheit der tibetischen Gefangenen sei aus dem Gefängnis zu einem anderen Platz gebracht worden. Der Rest wurde in saubere Kleider gesteckt und mit Büchern und ordentlichem Essen versehen (Kyodo, engl., SWB, 25.1.79).

Im Januar wurde eine kommunistische Partei der Exiltibeter gebildet, die genau genommen die erste vollwertige politische Partei der 72.000 exilierten Tibeter in Indien ist.

Der Dalai Lama, der vom nordindischen Dharamsala aus mit einer "Exilregierung" die eigentliche Legitimation, über die Tibeter zu regieren, beansprucht, wurde von einem japanischen Journalisten um Stellungnahme zu diesem Gründungsakt gebeten. Er meinte, daß Kommunismus und Mahayana-Buddhismus viele Gemeinsamkeiten aufwiesen. Vor allem der Aufruf zur Selbstlosigkeit und zur Hingabe an die Gemeinschaft sei in beiden Weltanschauungen identisch. Soweit die neue KP dieser buddhismusbezogenen Linie folge, habe er gegen ihre Existenz nichts einzuwenden (SWB, 5.2.79).

(30) **Weitere KMT-Gefangene verlassen China**

Im Rahmen der Amnestien, die auch die KMT-Angehörigen innerhalb Chinas betrafen, wurden Anfang Dezember sechs weitere Gefangene amnestiert und verließen China, um Zwischenstation in Hongkong zu machen. Bestimmungsort nach der chinesischen Nachrichtenagentur: Taiwan. Es handelte sich u.a. um einen General, zwei Oberste, den Sohn eines früheren Beraters von Jiang Jingguo und einen anderen Verwandten eines Beraters des Taiwan-Präsidenten. Diese Politik wird von Peking weiter durchgeführt, um mehr Verbindungen zwischen Taiwan und Peking herzustellen.

(31) **Vermehrte Berichte über Kriminalität**

Augenscheinlich haben chinesische Behörden beschlossen, in Zukunft eine begrenzte Berichterstattung auch über Kriminalität in China wieder zuzulassen. So berichtete Radio Jilin (FBIS, 15.12.78) über einen Lehrer der Mittelschule 91 von Changchun, in der ein "Gangsterschüler", der von seinem Lehrer kritisiert worden war, zusammen mit anderen sich gewaltsam Zugang zu einer anderen Klasse geschafft hatte und diesen Lehrer mit Stöcken und Steinen angegriffen hatte. Als der Lehrer sich auf die Flucht

machte, wurde ihm mit einem Luftgewehr ein Nagel in die Brust geschossen. Mit einem solchen Bericht soll natürlich auch für Anhänger der Roten-Garde-Techniken ein für alle Mal klar gemacht werden, daß derartige Übergriffe auf die Lehrer in Zukunft nicht mehr geduldet werden. Provinz- und Stadtkader besuchten den verwundeten Lehrer persönlich im Krankenhaus.

(32) Zuviel Sitzungen

Eine Rundfunksendung (FBIS, 6.12.78) beklagte sich über ein Erzübel, das wohl im Rahmen der Reinterpretation und Neudefinition der chinesischen Politik unumgänglich war. Es würden zu lange und leere und unwichtige Versammlungen abgehalten, die für das Handeln eine echte Belastung darstellten. Die Aufforderung heißt, entweder überflüssige Versammlungen ganz einzustellen oder sie nach Kräften zu beschneiden. Einige der angesprochenen Fehler sind ständige Versammlungen ohne Berücksichtigung der Wichtigkeit, wiederholte Versammlungen über dieselben Themen, mechanische Wiedergabe von Dokumenten höherer Stellen ohne Diskussion der Realität sowie schließlich lautes Gerede ohne Entscheidungen.

(33) Neues Ministerium?

Anlässlich einer Inspektionstour von dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Wang Zhen in der Provinz Anhui nannte Radio Hefei am 3.2.1979 Liu Bingyan als Direktor des Allgemeinen Büros im 8. Ministerium für Maschinenbau. Bisher hatte es deren nur sieben gegeben.

Ein 8. Ministerium für Maschinenbau hatte es bereits von 1965-1970 gegeben durch die 1965 erfolgte Umbenennung des 1959 gegründeten Ministeriums für Landmaschinenbau.

WISSENSCHAFT * AUSBILDUNG

KUNST UND MASSEN MEDIEN

(34) 1978 über 480 Studenten und Wissenschaftler im Ausland

Im Jahre 1978 hat die VR China über 480 Studenten und Wissenschaftler zum Studium ins Ausland geschickt. Es war das Jahr mit der größten Zahl an Auslandsstudenten innerhalb eines Zeitraumes von gut zehn Jahren. Die Studenten studierten in 28 verschiedenen Ländern, nämlich in Belgien, Bangladesh, Kanada, Dänemark, Ägypten, Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Griechenland, Indien, Iran, Irak, Italien, Japan, Demokratische VR Korea, Laos, Malta, Mexiko, Neuseeland, Pakistan, Polen, Rumänien, Sri Lanka, Sudan, Schweiz, Syrien, England, USA, Jugoslawien.

Zum Auslandsstudium waren u.a. ausersehene Assistenten, Dozenten, Ingenieure, Ärzte, Hochschulstudenten, Abiturienten und Forschungspersonal sowie Dolmetscher staatlicher Stellen. Ihr Alter reicht von 20 bis 45. Sie unterziehen sich im Ausland entweder einem naturwissenschaftlich-technischen Fachstudium, einem sozialwissenschaftlichen Studium oder

einem Sprachstudium (Englisch, Französisch, Deutsch, Japanisch, Spanisch und Arabisch). Die Dauer der Auslandsaufenthalte beträgt zwei bis drei Jahre. (GMRB, 4.1.79)

Umgekehrt wird auch eine wachsende Zahl ausländischer Wissenschaftler nach China eingeladen. Im Jahre 1978 hielten über 100 Professoren und Fachleute aus dem Ausland in China Vorlesungen. Sie kamen u.a. aus Australien, Kanada, Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Japan, Mexiko, Neuseeland, Syrien, England und Amerika. Sie sollten in China die fortgeschrittenen wissenschaftlichen und technischen Erkenntnisse vermitteln und das Niveau der Lehrkräfte und des Unterrichts an den chinesischen Hochschulen anheben helfen. Sie unterrichten hauptsächlich naturwissenschaftliche Fächer und Sprachen. Ihre Aufenthaltsdauer in China beträgt etwa einen bis drei Monate. Im neuen Jahr will das Erziehungsministerium eine weitaus höhere Zahl an ausländischen Professoren und Dozenten nach China einladen, namentlich aus Nordeuropa, Nordamerika und Japan. Zur Zeit sind schon über 140 Wissenschaftler eingeladen. (GMRB, 4.1.79)

(35) Errichtung neuer Hochschulen

Der Staatsrat hat kürzlich einen Bericht des Erziehungsministeriums über die Wiederherstellung und den Bau neuer allgemeiner Hochschulen gebilligt. Damit wurde beschlossen, insgesamt 169 Hochschulen wiederherzustellen oder zu bauen. Von diesen 169 Hochschulen sollen 16 wiederhergestellt und 153 neu gebaut werden, wobei der Schwerpunkt auf Theorie, Technik und Wissenschaft liegen soll. Es handelt sich um 46 technische Hochschulen, 13 Institute für Land- und Forstwirtschaft, 77 Pädagogische Hochschulen, 18 Medizinische Hochschulen, 10 Wirtschaftshochschulen, 3 Sportinstitute und 2 Kunsthochschulen. Von den 169 Hochschulen sollen 28 nationale Bedeutung haben, d.h., sie sind überregional orientiert, während der Rest auf die jeweiligen Provinzen, Städte oder autonomen Gebiete ausgerichtet ist. In ihrer Ausgabe vom 10.1.79 führt die Guangming-Zeitung die 169 Hochschulen namentlich auf. (Vgl. auch SWB, 16.1.79)

(36) Gesundheitswesen

Nach Angaben der chinesischen Nachrichtenagentur vom 31. Dezember 1978 werden Chinas rund 1,8 Mio. "Barfußärzte" gegenwärtig in einer Vielzahl von Kursen fachlich fortgebildet. Die Kurse finden meistens in Kreis- oder Kommunehospitälern statt. Bisher wurden in zehn Provinzen Abschlußprüfungen abgehalten, um das fachliche Niveau der Barfußärzte zu erhöhen. (SWB, 17.1.79)

(37) Zwei neue historische Forschungsgesellschaften gegründet

Um die historische Forschung über die Bauernaufstände in der chinesischen Geschichte zu fördern, wurde im Dezember 1978 in Schanghai eine nationale Gesellschaft zur Erforschung der Geschichte der chinesischen Bauernaufstände gegründet. Die Gründungsversammlung, an der über 140 Historiker aus 71 Einheiten teilnahmen, fand im Rahmen einer Tagung